

Institut für Strategieanalysen (ISA)

DEMOKRATIERADAR WELLE 1 | 2026

Bürgerbeteiligung

Executive Summary

Katrin Praprotnik und Peter Filzmaier
unter Mitarbeit von Daniela Ingruber

Wien, im Juni 2026

AUTOR UND AUTORINNEN

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier

ist Professor für Politikwissenschaft an der Karl-Franzens-Universität Graz und der Universität für Weiterbildung Krems sowie geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

Einen vollständigen Tabellenband der Studie finden Sie unter <https://strategieanalysen.at>

Dr.ⁱⁿ Katrin Praprotnik

ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Karl-Franzens-universität Graz sowie am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

Dr.ⁱⁿ Daniela Ingruber

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	4
2. Eckdaten der Untersuchung	5
3. Zentrale Ergebnisse	6
Impressum	17

1. EINLEITUNG

Das Institut für Strategieberatungen (ISA) hat im Auftrag des Landes Niederösterreich den **Demokratieradar Welle 1|2026** durchgeführt.

Der Demokratieradar versteht sich als **Teil des Projektes Bürgerbeteiligung**. Im Rahmen dessen erfolgen auch die Durchführung der jährlichen Studien Repräsentativbefragung und Befragung der Schülerinnen und Schüler. Diese Studien werden – wie auch die zweimal jährlich durchgeführten Studien des Demokratieradars – federführend von Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier (Leitung) und Dr. Katrin Praprotnik (Co-Leitung) durchgeführt. Darüber hinaus erfolgt die jährliche Erstellung eines wissenschaftlichen Gesamtberichts auf Basis von Studien bzw. Dokumenten des Landes Niederösterreich unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt. Das Projektmanagement obliegt Dr. Daniela Ingruber.

Die Studien des Demokratieradars verfolgen drei wesentliche Ziele. Erstens sollen die **Einstellungen der Bevölkerung zum Thema Demokratie über die Zeit** hinweg sichtbar gemacht werden. Dazu werden in jeder Befragungswelle zentrale Fragen wiederholt gestellt. Zweitens soll ein jeweils **pro Welle gesetzter Schwerpunkt** die Analyse einer aktuellen Fragestellung rund um das Thema Demokratie ermöglichen. Drittens soll die **disproportionale österreichische Grundgesamtheit zu Gunsten der Bevölkerung aus Niederösterreich** einen Vergleich zwischen den Einstellungen der Menschen in diesem Bundesland zu jenen aus Gesamtösterreich bieten.

Den Schwerpunkt der aktuellen Welle des Demokratieradars bilden die Themen **Familie, Kinder und Jugend**. Dabei wurde die Rolle von Familie im Vergleich zu anderen Lebensbereichen wie Beruf oder Freizeit und Hobbys abgetestet. Zudem wurden speziell Eltern nach ihren Wahrnehmungen mit der Kindererziehung befragt. Abgetestet wurde auch die Einschätzungen aller Befragten zur Rolle von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse der aktuellen Studie. Diese werden sowohl im Vergleich zur Wohnbevölkerung in Niederösterreich als auch im Vergleich zu den ersten drei Wellen des Demokratieradars dargestellt.

Gesondert gestaltet wurden ein Tabellenband sowie die graphische Darstellung zentraler Ergebnisse.

2. ECKDATEN DER UNTERSUCHUNG

Die Zielgruppe der Studie ist die **österreichische Wohnbevölkerung ab 16 Jahren, wobei eine disproportionale Stichprobe zu Gunsten von Personen aus Niederösterreich** gezogen wurde. Insgesamt wurden 2.085 Personen (darunter 800 Personen aus Niederösterreich) entweder telefonisch oder mittels online-Befragung interviewt.

Die Daten wurden nach unterschiedlichen Kriterien wie etwa Altersgruppen, Geschlecht, Bildungsstand, verfügbares Geld oder Wohnort ausgewertet. Die Feldarbeit wurde von Triple M Matzka Insights zwischen dem 24. März und dem 06. Mai 2026 durchgeführt.

Forschungsdesign

Zielgruppe	Österreichische Wohnbevölkerung, ab 16 Jahren
Befragte	n=2.085 (davon n=800 aus Niederösterreich)
Feldphase	24. März – 06. Mai 2026
Methode	Kombination von telefonischer Befragung (CATI) und online-Befragung (CAWI)
Auftraggeber	Land Niederösterreich
Ausführendes Institut	Institut für Strategieanalysen (ISA)
Feldarbeit	Triple M Matzka Insights

Der Fragebogen wurde in vier thematische Blöcke gegliedert, die sich auch in der Gliederung dieses Berichts abbilden: **Bilanz Österreich und österreichische Gesellschaft (Kap. 3.1)**, **Einstellungen zur Demokratie (Kap. 3.2)**, **Einstellungen zur Politik (Kap. 3.3)** und **Familie, Kinder, Jugend (Kap. 3.4)**. Gefragt wurde u. a.:

- nach der Bewertung der Entwicklung und der Zukunftsaussichten Österreichs (**Bilanz Österreich und österreichische Gesellschaft**).
- nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich und dem Reformbedarf in unterschiedlichen Bereichen des politischen Systems (**Einstellungen zur Demokratie**).
- wie groß das Interesse an der Politik ist und wie sehr man der Politik im Allgemeinen, aber auch verschiedenen Institutionen und Akteuren im Speziellen vertraut (**Einstellungen zur Politik**).
- nach der Rolle von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft (**Wahrnehmung Kinder und Jugendliche**).

3. ZENTRALE ERGEBNISSE

3.1 Bilanz Österreich und Gesellschaft

3.1.1 Vergangene Entwicklung

Gefragt nach der Entwicklung Österreichs in den vergangenen zwölf Monaten **fällt das Gesamturteil negativ aus: 59 Prozent sehen eher eine negative Entwicklung**, nur 13 Prozent eine positive, weitere 27 Prozent erkennen keine Veränderung.

Im Langzeitvergleich zeigen diese Werte ein **stabiles Bild**. Auch bereits in der dritten und zweiten Welle bewerteten mit 60 bzw. 61 Prozent die Mehrheit der Befragten die Entwicklung Österreichs in den vergangenen zwölf Monaten als eher negativ (jeweils elf Prozent meinten, eine eher positive Entwicklung zu erkennen). Es muss darauf hingewiesen werden, dass trotz der somit mehrheitlich negativen Bewertung, **eine Verbesserung im Vergleich zur ersten Welle weiterhin klar ersichtlich** ist. Zum **Jahreswechsel 2024/2025 beurteilten noch 70 Prozent die Entwicklung eher negativ** und sieben Prozent eher positiv.

Hinsichtlich der Soziodemographie zeigt sich im aktuellen Demokratieradar ein Geschlechterunterschied. **Männer beurteilen die vergangenen zwölf Monate häufiger als positiv (16 Prozent) im Vergleich zu Frauen (neun Prozent)**. Hinsichtlich des Alters sind es die älteren Personen ab 60 Jahren, die positiver eingestellt sind (18 Prozent eher positiv im Vergleich zu 13 Prozent gesamt). Bereits **bekannt sind die unterschiedlichen Bewertungen der Entwicklung in den verschiedenen formalen Bildungsgruppen**. Personen mit Universitäts- oder FH-Abschlüssen sehen weniger häufig eine negative Entwicklung, Personen mit Abschlüssen in der Lehre und/oder Berufsbildenden Mittleren Schulen sehen häufiger eine solche.

Regionale Unterschiede treten in dieser Befragungswelle keine auf.

Wie bereits aus allen früheren Befragungswellen bekannt, hängt das **eigene finanzielle Auskommen stark mit der Bewertung der vergangenen Entwicklung zusammen**. Wer mit dem verfügbaren Geld meist gut auskommt, urteilt deutlich weniger kritisch als der Durchschnitt: 46 Prozent sehen eine negative Entwicklung und 20 Prozent eine positive. Bei knappen Mitteln steigt der Negativwert dagegen auf 70 Prozent, während nur acht Prozent eine positive Entwicklung erkennen. Die Bewertung der gesamtstaatlichen Lage ist damit eng an die eigene materielle Alltagserfahrung gekoppelt.

3.1.2 Erwartete Entwicklung

Bei der erwarteten Entwicklung Österreichs in den kommenden Jahren überwiegt ebenfalls die Skepsis: **44 Prozent rechnen mit einer eher negativen Entwicklung**, 36 Prozent mit wenig Veränderung und nur **17 Prozent mit einer positiven Entwicklung**. Die Zukunft wird damit nicht ganz so getrübt gesehen wie die vergangenen zwölf Monate, aber auch nicht als Trendwende.

Dieses Bild deckt sich weitgehend mit dem Ergebnis der dritten Welle des Demokratieradars, auch wenn der **Anteil jener, die mit einer Verschlechterung rechnen, leicht zurück gegangen ist**. Mit 48 Prozent sagten in der vorherigen Befragung noch knapp die Hälfte der Personen, dass die Erwartungen negativ sind. 17 Prozent sahen hingegen einen eher positiven Trend. Ein Drittel glaubte nicht an eine Veränderung.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass **jüngere Menschen weiterhin häufiger eine negative Entwicklung erwarten als die Bevölkerung insgesamt** (50 Prozent eher negativ im Vergleich zu 44 Prozent gesamt). Bei den Personen im Alter von 60 Jahren und älter sind es sogar vergleichsweise nur 37 Prozent, die eine eher negative Entwicklung erwarten.

Besonders stark **prägt die finanzielle Lage auch den Ausblick**. Menschen mit knappen Mitteln erwarten zu 53 Prozent eine negative Entwicklung und nur zu zwölf Prozent eine positive. Wer finanziell gut abgesichert ist, blickt spürbar weniger pessimistisch nach vorne: 37 Prozent rechnen mit einer negativen Entwicklung, 23 Prozent mit einer positiven. Skepsis bleibt zwar auch dort die größte Einzelposition, wirkt aber deutlich weniger zugespitzt.

Hervorzuheben ist, dass die **Beurteilung der vergangenen zwölf Monate eng mit der Beurteilung der zukünftigen Entwicklung zusammenhängt**. Personen, die eine negative Bilanz ziehen, sind meist auch nicht vom Gegenteil für die Zukunft überzeugt. Eine Trendwende ist hier nicht abzulesen.

3.1.3 Persönliche Einordnung

Der Demokratieradar bittet die Befragten, ihre eigene Position in der Gesellschaft anhand von zwei Aussagen einzustufen. Beide Aussagen können von den Befragten anhand einer vierstufigen Skala von „Stimme sehr zu“ bis „Stimme gar nicht zu“ bewertet werden. Die erste Aussage lautet: **„Menschen wie ich haben es in Österreich zusehends schwerer.“ 21 Prozent können dieser Aussage sehr zustimmen, weitere 37 Prozent können eher zustimmen und 23 bzw. 17 Prozent können eher nicht bzw. gar nicht zustimmen.**

Es gibt in dieser Frage keine Unterschiede im Antwortverhalten von Männern und Frauen. Insbesondere Personen mit einem Pflichtschulabschluss und Personen mit einer Lehre oder einem BMS-Abschluss stimmen der Aussage verstärkt zu (27 bzw. 24 Prozent stimme sehr zu im Vergleich zu 21 Prozent gesamt).

Eine ähnliche Verteilung weist das Antwortverhalten zur zweiten Aussage auf. Der Aussage **„Ich bin mit meiner wirtschaftlichen Situation sehr zufrieden.“ können 17 Prozent sehr zustimmen, 37 Prozent eher zustimmen und 28 bzw. 17 Prozent eher nicht bzw. gar nicht zustimmen.** Die Aussagen zur

eigenen Position stoßen somit mehrheitlich auf Zustimmung und zeigen ein gespaltenes Bild.

Es muss auf die Entwicklung im Zeitverlauf dieser beiden Fragen hingewiesen werden. Der Anstieg des Anteils jener, die es nach eigener Einschätzung in der Gesellschaft zusehends sehr schwer haben, ist somit in dieser Welle nicht mehr feststellbar. Es setzt sich allerdings der Trend fort, dass **immer weniger Menschen angeben, mit ihrer wirtschaftlichen Situation sehr zufrieden zu sein**. Die Anteile jener, die nach eigenen Angaben sehr zufrieden sind, ist von 23 Prozent (Welle 1), auf 20 Prozent (Welle 2), auf 18 Prozent (Welle 3) gesunken. In der aktuellen Welle des Demokratieradars sind es nur mehr 17 Prozent, die der Aussage „Ich bin mit meiner wirtschaftlichen Situation sehr zufrieden.“ vollends zustimmen können.

Tendenziell stimmen Frauen der Aussage weniger häufig sehr zu (14 Prozent im Vergleich zu 19 Prozent der Männer). **Mit zunehmendem Alter steigt die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation**. Während nur neun Prozent der unter 30-Jährigen sehr zufrieden sind, sind es in der Gruppe der 60+-Jährigen schon 24 Prozent. Ebenso sind Personen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss häufiger sehr zufrieden.

Regional zeigen sich zwei erwähnenswerte Unterschiede. **Menschen in Oberösterreich zeigen sich häufiger sehr zufrieden** mit der eigenen wirtschaftlichen Situation (23 Prozent im Vergleich zu 17 Prozent gesamt) und Menschen in Wien weniger häufig (zehn Prozent).

Interessant ist, dass der **Grad der Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation eng mit der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich verbunden** ist. In der Gruppe jener, die angibt, dass die Demokratie sehr gut funktioniert, sind 35 Prozent sehr mit der eigenen wirtschaftlichen Situation zufrieden. In der Gruppe jener, die angibt, dass die Demokratie sehr schlecht funktioniert, sind es sieben Prozent.

Die Bilanz für Österreich wird in Niederösterreich ähnlich gezogen. Dies gilt auch für die persönliche Einordnung.

3.2 Einstellungen zur Demokratie

3.2.1 Idealmodell und Umsetzung

Zentrale Fragestellungen im Demokratieradar sind jene, die die Einstellungen der Befragten zur Demokratie abtesten. Die Einstellungen der Befragten zur Demokratie werden einerseits anhand einer allgemein formulierten Aussage zur Demokratie als Idealmodell und andererseits anhand einer spezifischen Frage nach dem Funktionieren der Demokratie in Österreich ermittelt.

Die **allgemeine Einstellung** wird mittels der folgenden Aussage und der Bitte, Zustimmung bzw. Ablehnung auf einer vierteiligen Skala auszudrücken, abgefragt: **„Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, ist aber besser als jede andere Regierungsform.“** Insgesamt ist die **Zustimmung zum Idealmodell Demokratie hoch**. 59 Prozent stimmen dieser Aussage sehr zu und weitere 27 Prozent stimmen ihr eher zu. Damit ist eine breite Mehrheit von 86 Prozent von der Überlegenheit der Demokratie als beste Regierungsform überzeugt. Es sind sechs bzw. drei Prozent, die diese Aussage eher nicht bzw. gar nicht unterstützen. Diese Verteilung ist in Niederösterreich nicht anders.

Es soll darauf hingewiesen werden, dass sich, neben der breiten Zustimmung insgesamt, auch **der in der dritten Welle erkannte Abwärtstrend nicht fortgesetzt** hat. In der dritten Welle waren es nur 54 Prozent, die sehr zustimmten, in der aktuellen Welle sind es mit 59 Prozent wieder ähnlich viele Personen wie in der zweiten Welle (58 Prozent) und in der ersten Welle (59 Prozent).

Es bleibt jedoch der Befund, dass **die Zustimmung zur Demokratie als Idealmodell, wie eine Gesellschaft miteinander lebt, eine Altersfrage** ist. Jüngere Personen sehen messbar seltener in der Demokratie das Idealmodell. In der Gruppe der bis 29-Jährigen stimmen 53 Prozent der Aussage vollends zu, in der Gruppe der 60+-Jährigen sind es 69 Prozent. Oder, um es plakativ zu formulieren:

Während sieben Prozent der „Jungen“ in der Demokratie nicht die beste Regierungsform sehen, sind es bei den „Alten“ nur zwei Prozent.

Auch die übrigen Faktoren, die eine höhere Bewertung der Demokratie als Idealmodell mit sich bringen, zeigen sich wieder klar in der aktuellen Welle des Demokratieradars. Ein **höherer formaler Bildungsgrad** und ein **höheres verfügbares Einkommen** stehen in einem engen Zusammenhang mit einer sehr hohen Wertschätzung der Demokratie.

Es gibt keinen Unterschied in der Bewertung von Männern und Frauen hinsichtlich der Demokratie als Idealmodell.

Für die **Messung der spezifischen Einstellung der Menschen zur Demokratie** wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob die Demokratie in Österreich aus Ihrer Sicht alles in allem „sehr gut“, „eher gut“, „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ funktioniert. **Elf Prozent geben der Umsetzung des Demokratiemodells in Österreich ein sehr gutes Zeugnis und weitere 51 Prozent sprechen von einem eher guten Zeugnis.** Diesem Ergebnis gegenüber stehen die Anteile von 24 bzw. elf Prozent gegenüber, die meinen, dass die Demokratie in Österreich eher bzw. sogar nur sehr schlecht funktioniert.

Die demokratische Ordnung ist also breit akzeptiert, ihre praktische Leistungsfähigkeit wird aber deutlich zurückhaltender gesehen als das Prinzip selbst. Dieses Ergebnis war mit Blick auf die vergangenen Wellen des Demokratieradars erwartbar. Die allgemeine Bewertung des Demokratiemodells lag immer deutlich über der spezifischen Bewertung der Demokratie in Österreich. Auch der Anteil jener, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich zufrieden sind ist über die Zeit relativ stabil. Dennoch ist es in der aktuellen Welle im Vergleich zur dritten Welle jeweils ein Prozentpunkt mehr, der sehr bzw. eher zufrieden ist. Es wird zu beobachten sein, ob dies der Beginn einer messbaren Veränderung ist.

Hingegen ist die **Beurteilung der Demokratiequalität in Österreich keine Frage des Alters oder der Bildung**

(und auch nicht der Geschlechter). Sehr wohl bleibt die **Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation ein Erklärungsfaktor für die Bewertung der heimischen Demokratie**. Während in der Gruppe jener, die nach eigenen Angaben über meist genug Geld verfügen, die Demokratie zu 18 Prozent als sehr gut bewerten, sind es in der Gruppe jener, deren Geld nach eigenen Angaben meist knapp ist, nur sieben Prozent, die dies tun.

Eine positive Bewertung Österreichs – sowohl der vergangenen als auch der zukünftigen Entwicklung – **steht im Zusammenhang mit einer positiven Bewertung der Demokratiequalität**. Gleiches gilt auch für das politische Interesse.

3.2.2 Funktionsbedingungen Demokratie

Für eine funktionsfähige Demokratie braucht es verschiedene Bedingungen, die funktionieren müssen. Der Demokratieradar legt **eine Liste mit neuen Aussagen zu den Funktionsbedingungen für die österreichische Demokratie vor** und bittet um Bewertung dieser Aussagen für Österreich. Insgesamt zeigen sich die **Befragten in der Detailbewertung des heimischen demokratischen Systems kritisch**. Jeweils zwischen 39 Prozent (unabhängige Justiz) und 63 Prozent (sachliche und respektvolle politische Diskussion) können den positiv formulierten Aussagen nicht zustimmen.

Vergleichsweise hohe Zustimmung finden die Aussagen **„Die Justiz entscheidet unabhängig von der Politik.“** (16 Prozent stimme sehr zu, 39 Prozent stimme eher zu), **„Es gibt genug Angebote zur politischen Bildung.“** (15 bzw. 39 Prozent) und **„Medien können frei und unabhängig arbeiten und werden durch die Pressefreiheit ausreichend vor politischer Einflussnahme geschützt.“** (14 bzw. 40 Prozent).

Bereits messbar weniger hoch sind die Zustimmungswerte für die folgenden Aussagen: **„Die Kontrollrechte der Opposition im Parlament sind ausreichend.“** (14 Prozent stimme sehr zu, 36 Prozent stimme eher zu), **„In der Politik sind alle**

unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft genügend stark vertreten.“ (elf bzw. 32 Prozent) und **„Es gibt genug Möglichkeiten der direkten Mitbestimmung für die Bevölkerung.“** (neun bzw. 30 Prozent).

Messbar schwächer fällt schließlich die Zustimmung zu den Aussagen **„Gegen Korruption in der Politik wird streng vorgegangen.“** (sieben bzw. 23 Prozent), **„Die Gründe für Entscheidungen der Regierung werden für alle transparent erklärt.“** (sieben bzw. 27 Prozent) und **„Meistens gibt es in der Politik eine sachliche und respektvolle politische Diskussionskultur.“** (sechs bzw. 27 Prozent). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass vergleichsweise viele Befragte sich hier Verbesserungen wünschen.

Die Aussagen zu den Funktionsbedingungen der heimischen Demokratie wurden in der aktuellen Welle des Demokratieradars erstmals gestellt. Im Vergleich zur Frage nach dem Reformbedarf in verschiedenen Bereichen aus der dritten Welle des Demokratieradars bleiben daher die Schlussfolgerungen nach einem **Wunsch nach strenger Bekämpfung von Korruption in der Politik und nach hoher Transparenz in der Entscheidungsfindung der Regierung**. Im Vergleich zur dritten Welle weniger Handlungsbedarf zeigen hier nun die Bereiche politische Bildung und unabhängige Medien.

Es gibt **keine systematischen Unterschiede in der Bewertung zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen**. Auffällig sind vor allem die Unterschiede in der Bewertung der Funktionsbedingungen nach formaler Bildung und verfügbarem Geld. **Personen mit Universitäts- oder FH-Abschluss und Menschen mit meist genug Geld beurteilen zentrale demokratische Prozesse regelmäßig deutlich positiver**, etwa bei den Oppositionsrechten, der Unabhängigkeit der Justiz, den Möglichkeiten direkter Mitbestimmung und der Repräsentation unterschiedlicher Gruppen. Wer finanziell knapp lebt, liegt bei mehreren dieser Punkte jeweils rund zehn bis fünfzehn Prozentpunkte unter dem Gesamtwert und sieht besonders häufig Defizite bei Korruptionsbekämpfung, Transparenz und Mitbestimmung.

3.2.3 Krisensicherheit

Gefragt danach, wie gefestigt die Demokratie in Österreich gegenüber **Krisen** ist, **überwiegt mit 58 Prozent noch ein eher positives Urteil** (acht Prozent sehr gefestigt, 50 Prozent eher schon gefestigt), während 40 Prozent sie nicht gefestigt sehen (27 Prozent eher nicht gefestigt, zwölf Prozent gar nicht gefestigt). Die Krisenfestigkeit wird also mehrheitlich anerkannt, aber längst nicht von allen als gegeben wahrgenommen.

Diese Werte **sind über den Zeitverlauf der verschiedenen Wellen des Demokratieradars stabil**.

In puncto Einschätzung der Krisensicherheit der heimischen Demokratie fallen **keine nennenswerten soziodemographischen Unterschiede auf, wobei die Bewertungen erneut bei Personen mit einem formal höheren Abschluss und mehr verfügbarem Geld positiver ausfallen**. Ganz grundsätzlich ist es aber vor allem der Zusammenhang zwischen einer positiven Gesamtbewertung der vergangenen und künftigen Entwicklung, dem politischen Interesse und der Demokratie in Österreich, die mit einer Einschätzung der Demokratie als gefestigt einhergehen.

3.2.4 Nationalstolz

Beim Stolz darauf, Bürgerin oder Bürger Österreichs zu sein, ist das **Meinungsbild klar positiv: 80 Prozent sind sehr oder eher stolz**. Darunter sind 38 Prozent, die sich sogar sehr stolz zeigen und weitere 42 Prozent, die sich eher stolz zeigen. Vergleichsweise nur 16 Prozent sind nicht stolz (zwölf Prozent eher nicht stolz und vier Prozent gar nicht stolz). Nationale Zugehörigkeit bleibt damit für eine breite Mehrheit ein stabiler Identifikationsanker.

Dennoch ist der **Trend einer Verschiebung von „sehr“ hin zu „eher stolz“** auch in der aktuellen Welle des Demokratieradars wieder bemerkbar. Waren es in der ersten Welle noch 43 Prozent der Befragten, die angaben, sehr stolz zu sein, so sind es in der aktuellen Welle vergleichsweise

nur mehr 38 Prozent, die dies tun (Welle 3: 39 Prozent sehr stolz, Welle 2: 41 Prozent sehr stolz).

Interessant ist, dass die Faktoren, die mit einem sehr großen Nationalstolz einhergehen, sich auch in der aktuellen Welle wieder zeigen. **Männer und Personen ab 60 Jahren geben besonders häufig an, sehr stolz auf Österreich zu sein**. Personen, die in Wien leben, geben hingegen messbar weniger häufig an, sehr stolz auf Österreich zu sein. Ebenso stehen ein hohes verfügbares Einkommen, eine eher positive Bewertungen der vergangenen und zukünftigen Entwicklung, ein sehr großes Interesse an der Politik und eine sehr hohe Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in einem positiven Zusammenhang mit einer Einschätzung als sehr stolz.

Grundsätzlich lassen sich in diesem Kapitel keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Befragten aus Niederösterreich und jenen der Gesamtbevölkerung feststellen.

3.3 Einstellungen zur Politik

3.3.1 Interesse und Vertrauen

Die Frage nach dem generellen **Interesse an Politik in Österreich wird mehrheitlich bejaht**: 74 Prozent sind sehr oder eher interessiert, 25 Prozent eher nicht oder gar nicht. Politik ist damit für die große Mehrheit kein Randthema, aber die Intensität des Interesses ist ungleich verteilt. Dies entspricht in etwa der Verteilung in Niederösterreich.

Dennoch hatte sich im Zeitvergleich in der dritten und zweiten Welle im Vergleich zur ersten Welle **ein abnehmendes Interesse an der Politik breit gemacht**. Der Anteil jener, der die heimische Politik sehr interessiert beobachtet, ist von anfänglich 37 Prozent auf jeweils 33 Prozent in den folgenden beiden Wellen gesunken. Die Ergebnisse der aktuellen Welle bestätigen nun die Verschiebung von einem sehr hohen, hin zu einem eher hohen Interesse. Es sind aktuell 29 Prozent, die angeben, sehr an der Politik in Österreich interessiert zu sein.

In den soziodemographischen Gruppen lässt sich ein messbar unterschiedliches Interesse an der heimischen Politik erkennen. Wie auch bereits in den früheren drei Wellen des Demokratieradars zeigen sich **Männer, ältere Personen ab 60 Jahren und Personen mit einer höheren formalen Bildung – einem Universitäts- oder FH-Abschluss – häufiger sehr interessiert**. So geben beispielsweise 39 Prozent der Männer, aber vergleichsweise nur 21 Prozent der Frauen an, politisch sehr interessiert zu sein.

Beim **Vertrauen in die Politik in Österreich** insgesamt fällt **das Urteil klar kritischer** aus: 45 Prozent bringen der Politik großes oder etwas Vertrauen entgegen, 53 Prozent dagegen wenig oder gar keines. Anders als beim Interesse an der Politik bringen demnach weniger als die Hälfte der Befragten Vertrauen in die Politik auf.

Die Befragten in Niederösterreich sind hier keine Ausnahme: Acht Prozent haben großes und 36 Prozent haben etwas Vertrauen, es sind 34 bzw. 21 Prozent, die wenig bzw. gar kein Vertrauen haben.

Diese **geringen Vertrauenswerte sind im Zeitverlauf stabil**. Es sind jeweils weniger als zehn Prozent der Befragten, die nach eigenen Angaben ein großes Vertrauen in die Politik haben. Jeweils zwischen 36 und 38 Prozent besitzen etwas Vertrauen.

Das Vertrauen in die Politik allgemein ist keine Frage des Geschlechts. Ähnlich wie beim Interesse zeigen wiederum ältere Personen ab 60 Jahren und Personen mit einem Universitäts- und FH-Abschluss häufiger großes Vertrauen. Hervorzuheben ist auch der Zusammenhang mit dem verfügbaren Einkommen: Während Personen, deren Einkommen nach eigenen Angaben meist knapp ist, zu 31 Prozent gar kein Vertrauen in die Politik haben, so sagen dies bei Personen, die meist genug Geld haben, vergleichsweise nur 14 Prozent.

Gefragt nach dem Vertrauen in einzelne, aufgelistete Institutionen und Akteure ergibt sich eine klare Reihenfolge: **Besonders stark schneiden die Wissenschaft (41 Prozent großes Vertrauen, 39 Prozent**

etwas Vertrauen) und die Polizei (37 bzw. 43 Prozent) ab.

Bereits mit messbarem Abstand folgen die Justiz und die Gerichte (27 Prozent großes Vertrauen, 43 Prozent etwas Vertrauen) sowie das Bundesheer (25 bzw. 44 Prozent). Im Mittelfeld liegt die Sozialpartnerschaft (14 bzw. 44 Prozent), das Parlament (14 bzw. 37 Prozent) und die öffentliche Verwaltung (13 bzw. 47 Prozent).

Wiederum dahinter in der Reihung verschiedener Institutionen und Akteure hinsichtlich des Vertrauens liegen die Europäische Union (13 Prozent großes Vertrauen, 32 Prozent etwas Vertrauen), die Bundesregierung (zehn bzw. 35 Prozent) und die Medien (Zeitung, TV, Radio) (sieben bzw. 39 Prozent). **Klar das Schlusslicht im Vertrauensranking bilden die sozialen Medien** mit drei Prozent der Menschen, die diesen großes Vertrauen entgegenbringen und 18 Prozent, die diesen etwas Vertrauen entgegen bringen. Ebenfalls nur drei Prozent bringen **den politischen Parteien** ein großes Vertrauen entgegen und immerhin 27 Prozent bringen ihnen etwas Vertrauen entgegen.

Auffällig ist, dass rechtsstaatliche, wissenschaftliche und sicherheitsbezogene Institutionen besser bewertet werden als partei- und regierungsnahe Akteure.

Das Gesamtranking entspricht auch jenem der vorangegangenen Wellen des Demokratieradars, wobei angemerkt werden muss, dass die **Institutionen und Akteure an der Spitze des Rankings jeweils im Langzeitvergleich an wenigen Prozentpunkten in der Kategorie großes Vertrauen verloren haben**. Der Vertrauensverlust ist besonders deutlich im Vergleich zur ersten Welle und insbesondere **in Bezug auf das Bundesheer**. Gaben in der ersten Welle noch 32 Prozent der Befragten an, dem Bundesheer großes Vertrauen entgegen zu bringen, so sind es in der aktuellen Welle nur mehr 25 Prozent.

Männer vertrauen vielen der genannten Akteure und Institutionen häufiger sehr als Frauen.

Junge Menschen bis 29 Jahre vertrauen den genannten Akteuren und Institutionen in einem ähnlichen oder einem geringeren Ausmaß als alle Befragten.

Personen mit einer formal höheren Ausbildung vertrauen oftmals häufiger sehr viel als die Gesamtbevölkerung.

3.3.2 Entscheidungsfindung und Bürgerbeteiligung

Die Befragten wurden gebeten, zwischen zwei Aussagen zu wählen und sich festzulegen, **wer im Regelfall für die Gesetzgebung zuständig sein soll**. Die Frage, wer hauptsächlich für politische Entscheidungen verantwortlich sein sollte, endet nahezu in einem Patt mit leichter Neigung zur direkten Demokratie: **48 Prozent wollen politische Entscheidungen in erster Linie von der Bevölkerung direkt treffen lassen, 43 Prozent sehen diese Verantwortung primär bei den Abgeordneten im Parlament.**

In Niederösterreich ist das Ergebnis in der aktuellen Welle – anders als in der dritten Welle des Demokratieradars – nicht nochmals deutlicher zu Gunsten einer direkten Demokratie ausgefallen. Die Werte in Niederösterreich entsprechen jene für Gesamtösterreich.

Eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist aufgrund der veränderten Auswahlmöglichkeiten nur sehr eingeschränkt möglich. In der dritten und zweiten Welle des Demokratieradars standen als hauptsächliche Verantwortliche in der Gesetzgebung neben der Bevölkerung die Parteien im Parlament zur Auswahl. In der dritten Welle entschieden sich beispielsweise 42 Prozent für die Parteien im Parlament, die in ihren Augen die hauptsächlichen Entscheidungsträger sein sollten. In der aktuellen Welle – mit den Abgeordneten anstelle der Parteien – sind es 43 Prozent. Unter der Annahme, dass es hinsichtlich dieser Frage keine Veränderung in der Gesellschaft gegeben hat, **hat die geänderte Fragestellung von Parteien hin zu Abgeordneten keinen Effekt auf das Antwortverhalten.**

In der aktuellen Welle des Demokratieradars sind es erneut besonders Personen mit einer Lehre oder einem BMS-Abschluss sowie (Fach-)Arbeiterinnen und Facharbeiter, die sich direktdemokratische Entscheidungen wünschen (53 Prozent bzw.

61 Prozent im Vergleich zu 48 Prozent gesamt). Es fällt auf, dass Frauen, Personen bis 29 Jahre (beide 13 Prozent) sowie Personen mit einem Pflichtschulabschluss (18 Prozent) bei dieser Frage besonders häufig keine Angabe machen (im Vergleich zu neun Prozent in der Gesamtbevölkerung).

Wer mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich derzeit zufrieden ist, der bevorzugt auch die aktuelle Rolle der Abgeordneten im Parlament als hauptsächliche Entscheidungsträger. Gleiches gilt auch für die Gruppen, die meist genug Geld haben und die Entwicklung Österreichs positiv beurteilen.

3.3.3 Politisches Effektivitätsgefühl

Das politische Effektivitätsgefühl ist ein wissenschaftliches Konzept, dass die wahrgenommene Wirksamkeit der Bevölkerung gegenüber der Politik misst. Es besteht aus zwei wesentlichen Dimensionen: **das interne und das externe politische Effektivitätsgefühl.**

Das interne Effektivitätsgefühl meint das eigene Selbstbewusstsein in politischen Fragen. Das externe Effektivitätsgefühl zielt auf den eigenen Einfluss auf das Handeln politischer Akteure ab. Je eine Aussage, der die Befragten auf einer vierteiligen Skala zustimmen können (oder eben auch nicht zustimmen können), misst das interne und externe Effektivitätsgefühl.

Das interne politische Effektivitätsgefühl wird über die Aussage **„Politik ist manchmal so kompliziert, dass Leute wie ich kaum noch verstehen was passiert.“** gemessen. **17 Prozent stimmen dieser Aussage sehr zu, weitere 36 Prozent stimmen ihr eher zu.** Somit sind knapp die Hälfte der Befragten nach eigenen Angaben manchmal zumindest ein wenig überfordert mit der Politik. Es sind 29 bzw. 16 Prozent, die dieser Aussage eher bzw. gar nicht zustimmen können.

Das externe politische Effektivitätsgefühl wird über die Aussage **„Menschen wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“** gemessen. **Hier sind es 34 Prozent, die sehr und weitere 36 Prozent, die eher zustimmen können.** Somit meinen mehr als zwei Drittel der Befragten, dass sie nur eine geringe Wirksamkeit auf das Regierungshandeln haben. Es sind 21 bzw. neun

Prozent, die dieser Aussage eher bzw. gar nicht zustimmen können.

Diese Befunde sind auch für Niederösterreich zutreffend, wobei die Werte – anders als in der dritten Welle des Demokratieradars – keine Tendenz in Richtung niedrigerem externen Effektivitätsgefühl mehr erkennen lassen.

Zudem sind diese Werte im Vergleich zur dritten Welle des Demokratieradars stabil. Damals stimmten 18 Prozent der Aussage sehr zu, dass die Politik manchmal zu kompliziert ist und 34 Prozent meinten, dass man keinerlei Einfluss auf Regierungshandeln hat. **Im Vergleich zur zweiten und insbesondere zur ersten Welle des Demokratieradars hat sich das politische Effektivitätsgefühl verschlechtert.** In der ersten Welle waren es beispielsweise vergleichsweise nur 14 Prozent, die die Politik manchmal jedenfalls als zu kompliziert wahrnahmen (im Vergleich zu 17 Prozent in der aktuellen Welle) und 27 Prozent, die sich jedenfalls gegenüber Regierungshandeln als machtlos sahen (im Vergleich zu 34 Prozent in der aktuellen Welle).

Frauen und Personen bis 29 Jahren stufen ihr internes politisches Effektivitätsgefühl messbar schlechter ein als alle Befragten. Es sind 20 Prozent der Frauen, aber vergleichsweise nur 14 Prozent der Männer, die der Aussage, dass Politik so kompliziert ist, sehr zustimmen. Bei den unter 30-Jährigen sind es sogar 22 Prozent. Insbesondere Personen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss sowie Personen mit nach eigener Einschätzung ausreichendem Einkommen schätzen ihr internes politisches Effektivitätsgefühl höher ein.

Es soll hervorgehoben werden, dass Personen, die sich nach eigenen Angaben gar nicht für Politik interessieren, auch besonders häufig angeben, dass Politik manchmal zu kompliziert ist. Jede zweite Person in dieser Gruppe sagt dies (im Vergleich zu 17 Prozent gesamt).

In ihrem externen politischen Effektivitätsgefühl unterscheiden sich die Geschlechter und die

Altersgruppen nicht. Es sind allerdings wiederum jene Personen mit einer Lehre bzw. einem BMS-Abschluss, die besonders häufig meinen, gar keinen Einfluss auf Regierungshandeln zu haben. Dies trifft insbesondere auch für (Fach-)Arbeiterinnen und Arbeiter zu. Diese Befunde wurden auch bereits so in der vorherigen Welle gemessen.

Erneut zeigt sich auch ein **klarer Zusammenhang zwischen der Bewertung der heimischen Demokratie und dem externen politischen Effektivitätsgefühl.** Eine bessere Bewertung der Demokratiequalität geht mit einer besseren Bewertung des Einflusses auf Regierungshandeln einher.

3.3.4 Bürgerbeteiligung

Im Zentrum von gesellschaftlicher und politischer Partizipation steht sicherlich die Teilnahme an einer Wahl. Darüber hinaus kann sich Bürgerbeteiligung allerdings auch an anderen Stellen zeigen. Der Demokratieradar legt eine **Liste mit acht unterschiedlichen Beteiligungsformen** vor und fragt, ob diese Möglichkeiten der Partizipation von den Personen in den vergangenen zwölf Monaten in Anspruch genommen wurden. Die Frage nach der tatsächlichen Beteiligung zeigt eine klare Reihenfolge in der Nutzungshäufigkeit: Am häufigsten genannt werden die **Wahlteilnahme (55 Prozent ja)**, die **Beteiligung an einer Unterschriftensammlung oder einem Volksbegehren (39 Prozent)** und die **ehrenamtliche Arbeit (28 Prozent)**.

Deutlich seltener sind der Kontakt zu Politikerinnen und Politikern (17 Prozent ja), das Engagement in sozialen Bewegungen (14 Prozent), die Demonstrationsteilnahme (elf Prozent), die Mitarbeit in Partei oder Bürgerinitiative (acht Prozent) sowie das Tragen oder Anbringen politischer Kampagnenzeichen (sechs Prozent).

Die Beteiligung in Niederösterreich entspricht weitestgehend den Zahlen, die in Gesamtösterreich gemessen werden. Auffallend ist, dass **in Niederösterreich 44 Prozent der Befragten angeben, an einer Unterschriftensammlung oder einem Volksbegehren teilgenommen zu haben (im Vergleich zu 39 Prozent gesamt).**

Im Vergleich zu den vorangegangenen Befragungen –

das Thema der Bürgerbeteiligung wurde in der dritten und zweiten Welle in dieser Form behandelt – lässt sich insgesamt **ein Trend in Richtung weniger Beteiligung** ausmachen. Nach den intensiven Wahljahren sind die Anteile in allen abgefragten Beteiligungsformen in der zustimmenden Kategorie zurückgegangen. Wenig überraschend – aufgrund der fehlenden bundesweiten Wahl – zeigt sich dies am deutlichsten bei der Wahlteilnahme. In der ersten Welle des Demokratieradars, die kurz nach der Nationalratswahl zum Jahreswechsel 2024/2025 stattgefunden hat, gaben 83 Prozent an, sich an einer Wahl beteiligt zu haben. In der aktuellen Welle sind es nur 55 Prozent.

Unterschiede zeigen sich vor allem nach Bildung, Alter und beruflicher Stellung: Personen mit Pflichtschulabschluss nehmen seltener an Wahlen und Unterschriftensammlungen teil, Personen unter 30 Jahren und Personen in Ausbildung kontaktieren deutlich seltener Politikerinnen und Politiker oder unterschreiben Volksbegehren. Ehrenamtliches Engagement ist dagegen bei höher Gebildeten und finanziell gut Gestellten überdurchschnittlich.

3.3.5 Aktivitäten in Institutionen & Vereinen

Gefragt nach aktiver Mitgliedschaft oder Mitarbeit in Vereinen und Institutionen zeigt sich **das stärkste Engagement bei Freizeitvereinen wie Sport-, Musik- oder Kulturvereinen mit 31 Prozent**, gefolgt von ehrenamtlichen Institutionen mit 18 Prozent. Politische Institutionen erreichen neun Prozent, Bildungs- und Jugendeinrichtungen acht Prozent. Organisierte Einbindung ist also vorhanden, bleibt aber vergleichsweise unpolitisch und alltagsnah.

Im Vergleich zu den vorherigen Wellen des Demokratieradars lassen sich hier **kaum Unterschiede** erkennen.

Wie bereits in zwei vorangegangenen Wellen bekannt, sind **Männer deutlich häufiger in einem Freizeitverein aktiv** als Frauen (38 Prozent der Männer im Vergleich zu 25 Prozent der Frauen). Dies trifft – auf deutlich niedrigerem Niveau –

auch auf die Mitgliedschaft in politischen Institutionen zu. Es sind elf Prozent der Männer und sieben Prozent der Frauen, die hier aktiv sind. Auch bei ehrenamtlichen Institutionen und Vereinen dominieren die Männer. Einzig bei der Mitgliedschaft in Bildungs- und Jugendeinrichtungen zeigt sich kein Geschlechterunterschied.

Ebenso sind Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss generell meist verstärkt bei Institutionen und Vereinen aktiv (Ausnahme: politische Institutionen).

In ländlichen Gebieten sind die Menschen verstärkt in Freizeitvereinen und auch ehrenamtlichen Institutionen wie der Freiwilligen Feuerwehr engagiert.

3.4 Familie, Kinder, Jugend

3.4.1 Lebensbereiche

Das **Schwerpunktthema der aktuellen Welle des Demokratieradars sind die Familie, die Kinder und die Jugend**. Zum Einstieg in diesen Themenblock wurden die Menschen gebeten, die Relevanz verschiedener Lebensbereiche in ihrer aktuellen Lebenssituation zu bewerten.

Die **Familie liegt klar an erster Stelle**. 73 Prozent der Befragten geben an, dass die Familie in ihrem Leben aktuell eine sehr große Rolle spielt. Hinzu kommen 17 Prozent, die angeben, dass sie eine eher große Rolle spielt. Das bedeutet, dass nur sechs bzw. zwei Prozent der Familie eine eher bzw. eine sehr geringe Rolle in ihrem Leben zuschreiben.

Dahinter folgen Freundinnen und Freunde (52 Prozent sehr große Rolle, 31 Prozent eher große Rolle) sowie die Freizeit und Hobbys (46 bzw. 38 Prozent). Eine vergleichsweise, aber immer noch mehrheitlich eine wichtige Rolle, spielen die Bereiche Beruf (34 Prozent sehr große Rolle, 31 Prozent eher große Rolle) sowie Aus- und Weiterbildung (30 bzw. 29 Prozent).

Die Reihung entspricht in Niederösterreich jener aus Gesamtösterreich. Es fällt auf, dass in Niederösterreich

sogar 78 Prozent der Familie eine sehr große Rolle zuschreiben (im Vergleich zu 73 Prozent gesamt). Die Familie ist besonders bei Personen ab 60 Jahren, bei Personen mit einem Pflichtschulabschluss und auch bei Personen aus Niederösterreich sehr wichtig.

3.4.2 Kinder(-wunsch)

Die Frage nach Kindern beantworten 54 Prozent mit ja (in Niederösterreich 62 Prozent). **In der Gruppe der Eltern sind es zudem 37 Prozent, deren Kinder gerade im Alter von 18 Jahren oder jünger sind** (dies entspricht auch der Verteilung in Niederösterreich).

Männer und Frauen geben in etwa gleich häufig an, Kinder zu haben. Ältere Personen geben im Vergleich zu jüngeren Personen dies ebenfalls häufiger an.

Menschen aus Nieder- und Oberösterreich geben vergleichsweise häufiger an, Kinder zu haben. Menschen aus Wien hingegen vergleichsweise weniger häufig. Dies spiegelt sich auch in der Auswertung nach dem Urbanisierungsgrad wider, nach dem ersichtlich wird, dass in **städtischen Gebieten vergleichsweise wenige und in ländlichen Gebieten vergleichsweise mehr Menschen Kinder haben.**

Jene Personen, die keine Kinder haben, wurden gefragt, ob sie **aktuell oder früher einen Kinderwunsch** haben bzw. hatten. Hier zeigt sich, dass **26 Prozent diese Frage jedenfalls und weitere 22 Prozent zumindest eher bejahen.** 18 bzw. 34 Prozent tun dies eher nicht bzw. gar nicht. Diese Verteilung – jeweils rund die Hälfte der Befragten äußert einen Kinderwunsch bzw. keinen Kinderwunsch – entspricht auch der Verteilung in Niederösterreich.

Jüngere Menschen geben häufig an, einen Kinderwunsch zu haben. Bei Personen im Alter von 60 Jahren oder älter geben 17 Prozent jedenfalls und 20 Prozent eher einen (aktuellen oder früheren) Kinderwunsch an. 17 bzw. 46 Prozent sagen, sie haben eher bzw. sicher keinen Kinderwunsch.

3.4.3 Kindererziehung

Die Eltern unter den Befragten wurden im Rahmen des Demokratieradars gebeten, ihre **Erfahrungen in der Kindererziehung zu teilen.** Dafür wurden sieben Aussagen vorgelegt, zu denen die Eltern ihre Zustimmung (oder auch Ablehnung) auf einer vierteiligen Skala ausdrücken konnten.

Die Ergebnisse zu den Aussagen, wie Eltern **Kindererziehung und den Alltag mit Kindern** erleben, zeichnen **ein ausgesprochen positives Bild.** Insbesondere die folgenden Aussagen erhalten sehr hohe Zustimmungswerte: **„Kinder bringen Freude und Lebendigkeit in den Alltag.“ (81 Prozent stimme sehr zu, 17 Prozent stimme eher zu), „Durch Kinder lernt man Verantwortung.“ (78 bzw. 17 Prozent) und „Kinder stärken den Zusammenhalt in der Familie.“ (67 bzw. 25 Prozent).**

Auch wenn die höchste Form der Zustimmung bei den folgenden Aussagen messbar zurück geht, so können immer noch mehr als 80 Prozent auch den folgenden Aussagen zumindest eher zustimmen: **„Durch Kinder muss man über die eigenen Werte nachdenken.“ (59 Prozent stimme sehr zu, 30 Prozent stimme eher zu), „Kinder sind eine finanzielle Herausforderung (z.B. Kosten für Betreuung, Bildung, Freizeit).“ (58 bzw. 31 Prozent), „Durch Kinder lernt man viele Menschen kennen (z.B. Elternnetzwerke, Schule, Vereine).“ (53 bzw. 38 Prozent), sowie „Kinder sind häufig eine emotionale Herausforderung (z.B. Stress, Sorgen, Geduld aufbringen).“ (50 bzw. 37 Prozent).**

Trotz des insgesamt sehr positiven Bildes soll darauf verwiesen werden, dass **eben auch die Aussagen zu den finanziellen und emotionalen Herausforderungen mehrheitlich eine Zustimmung** erfahren.

Die Menschen aus **Niederösterreich berichten von ähnlichen Erfahrungen in der Kindererziehung** im Vergleich zu Gesamtösterreich.

Es sind vor allem ältere Befragte im Alter von 60 Jahren und älter, die der Aussage **„Kinder bringen Freude und Lebendigkeit in den Alltag.“** sehr zustimmen können. Ansonsten zeigen sich hier keinerlei systematische

Unterschiede in der Bewertung der Kindererziehung nach den soziodemographischen Gruppen.

Hervorzuheben ist dabei, dass sich auch Männer und Frauen hier häufig nicht in ihrem Antwortverhalten unterscheiden. **Allerdings stimmen mehr Frauen als Männer den Aussagen sehr zu, dass man durch Kinder über die eigenen Werte nachdenken muss** (65 Prozent im Vergleich zu 53 Prozent) und **mehr Frauen verweisen auch auf die negativen Seiten in Bezug auf die finanzielle Herausforderung** (64 Prozent im Vergleich zu 53 Prozent) sowie **die emotionale Herausforderung** (56 Prozent im Vergleich zu 44 Prozent).

Die Erfahrungen der Eltern in der Kindererziehung aus Niederösterreich weichen nicht systematisch von jenen aus Gesamtösterreich ab.

3.4.4 Werte für Kinder

Alle Personen – unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht – wurden nach der **Bedeutung verschiedener Werte und Haltungen in der Kindererziehung** gefragt. Zu jedem Punkt auf einer vorgegebenen Liste konnten die Befragten auf einer vierstufigen Skala angeben, ob sie diesen für wichtig halten.

Drei Werte stechen hervor und werden von rund 80 Prozent der Menschen in Österreich als sehr wichtig eingestuft: **Respekt und Toleranz** (82 Prozent sehr wichtig, 14 Prozent eher wichtig), **Selbstvertrauen und Mut, den eigenen Weg zu gehen** (80 bzw. 16 Prozent), sowie **Empathie und Hilfsbereitschaft** (78 bzw. 18 Prozent).

In einer hinsichtlich der höchsten Bewertung leicht abnehmender Reihenfolge geht es darüber hinaus um ein Bewusstsein für körperliche und seelische Gesundheit (75 Prozent sehr wichtig, 22 Prozent eher wichtig), kritisches Denken (70 bzw. 24 Prozent), Optimismus (66 bzw. 28 Prozent), Fleiß (64 bzw. 31 Prozent), Offenheit gegenüber anderen (60 bzw. 31 Prozent) und ein Demokratieverständnis (57 bzw. 34 Prozent).

Ebenfalls mehrheitliche Zustimmung, aber im Vergleich zu den oben genannten Werten doch deutlich **geringere volle Zustimmung geht es bei der Kindererziehung in den Augen der Befragten um die Freude am Mitgestalten in der Gesellschaft** (49 Prozent sehr wichtig, 40 Prozent eher wichtig) und **um Tradition und Heimatgefühl** (49 bzw. 34 Prozent).

Gerade Frauen und älteren Menschen ab 60 Jahren sind die Werte Respekt und Toleranz besonders häufig sehr wichtig. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Einstellungen der **älteren Generation ab 60 Jahren**. Diese betrachten die Werte **Optimismus** (74 Prozent im Vergleich zu 66 Prozent gesamt), **Fleiß** (72 Prozent im Vergleich zu 64 Prozent) und **Demokratieverständnis** (68 Prozent im Vergleich zu 57 Prozent) für vergleichsweise besonders häufig als sehr wichtig.

Die Bewertung der Werte und Haltungen unterscheidet sich in der Bevölkerung in Niederösterreich kaum.

3.4.5 Rolle von Kindern und Jugendlichen

Den Abschluss des Themenschwerpunktes und auch des Demokratieradars bildeten vier Aussagen zur Rolle von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft.

Die Positionen zu den vier Aussagen zeigen ein klar **kind- und jugendorientiertes Grundverständnis: 82 Prozent stimmen zu, dass die Gesellschaft mehr Kinder und Jugendliche braucht** (44 Prozent stimme sehr zu, 38 Prozent stimme eher zu). 80 Prozent meinen, Kinder und Jugendliche brauchen mehr Akzeptanz (39 bzw. 41 Prozent) und ebenso 80 Prozent wollen die Meinungen von Kindern und Jugendlichen stärker in der öffentlichen Diskussion sehen (36 bzw. 44 Prozent). Deutlich zurückhaltender fällt nur die Einschätzung aus, dass der Staat Familien und Kinder bereits ausreichend unterstützt. Hier stimmen einer entsprechenden Aussage 59 Prozent zu (24 bzw. 35 Prozent).

Ältere Menschen wünschen sich besonders häufig mehr Kinder und Jugendliche. Junge Menschen bis 29 Jahre wünschen sich verstärkt mehr gefördert, gehört und akzeptiert zu werden.

Impressum

Institut für Strategieanalysen GmbH Parkring 12/3/87f
1010 Wien

Tel.: +43 (0)1 974 43 30

Mail: office@strategieanalysen.at

UID: ATU63793513

Firmenbuchnummer 302301k, Handelsgericht Wien



Die Studie wurde im Auftrag des Amtes der Landesregierung Niederösterreich als Teil der Zukunftsinitiative des Landes durchgeführt. Für weiterführende wissenschaftliche Publikationen und Tätigkeiten, die nicht Teil und Leistungen der Zukunftsinitiative sind, dürfen die Studiendaten auch auf der Projektplattform Netzwerk Politische Kommunikation (netPOL) verwendet werden.

